



öffentlich

Betreff:
Hauptstadtgespräch

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 16.06.2015

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

Zuständigkeit

01.07.2015

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, dass die inhaltlichen Schwerpunkte und Probleme der Entwicklung der Stadt Potsdam als Landeshauptstadt in einem jährlichen Hauptstadtgespräch mit Vertretern der Landesregierung gebündelt werden.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich gegenüber der Landesregierung für die Durchführung solcher Hauptstadtgespräche einzusetzen.

Der Hauptausschuss ist im September 2015 über den Stand der Bemühungen zu informieren.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Mit dem Wegfall des Hauptstadtvertrages gibt es keine konzentrierte Behandlung der Entwicklungsfragen Potsdams als Landeshauptstadt mehr.

Da die Landeshauptstadt eine besondere Rolle für die Entwicklung des gesamten Landes spielt, sollte in einem jährlichen Hauptstadtgespräch mit Vertretern der Stadt und des Landes über die Schwerpunkte und vorhandene Probleme in den Beziehungen zwischen Land und Landeshauptstadt gesprochen und gemeinsamen nach Lösungen gesucht werden.